

- DDR-Bürger empfangen und über sie und ihre Anliegen Akten anlegen,
- ihnen einen angeblichen Rechtsanspruch auf Ausreise suggerieren und Unterstützung zusichern,
- sie indirekt zur Straftatbegehung auffordern,
- Korrespondenz der DDR-Bürger mit staatlichen Organen der DDR sowie z.T. diskriminierende Schriften entgegennehmen und an Behörden der BRD weiterleiten,
- Besucher der Ständigen Vertretung auf Kontrollen durch die Sicherheitsorgane hinweisen und ihnen bei ihrer Umgehung behilflich sind.

In einer Reihe von Fällen war festzustellen, daß wegen Übersiedlungersuchen vorsprechende DDR-Bürger mit Hinweis auf die Zuständigkeit der staatlichen Organe der DDR abgewiesen wurden.

Von der Botschaft der USA in der DDR wurden in Beantwortung von an USA-Präsident Carter gerichteten Schreiben gleichlautende Antwortbriefe an mehrere DDR-Bürger verschickt. In diesen vorliegenden Briefen wird den DDR-Bürgern vorgeschlagen, der USA-Botschaft die Namen von etwaigen Verwandten in den USA zur Kenntnis zu bringen oder sich mit der Ständigen Vertretung der BRD in Verbindung zu setzen.

In einem gleichfalls vorliegenden, von der USA-Botschaft in Bonn stammenden Schreiben an einen BRD-Bürger wurde u.a. eine Verbindungsaufnahme mit der "Gesellschaft für Menschenrechte" empfohlen.

Zum "Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen" (BMB) wurde im Berichtszeitraum festgestellt, daß es nach wie vor mittels Fragebogen für übersiedlungswillige DDR-Bürger, die an Verwandte in der BRD bzw. Westberlin ausgegeben und von diesen ausgefüllt werden, Informationen über Vorgänge in der DDR sammelt.